

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkel.  
Druck u. Verlag: Auer-Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H. Auer, Erzgebirge, Auerbach.  
Eingeliefert: Auerbach Nr. 11.  
Telefon: Auerbach Nr. 11.

Preis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unfreie Postträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Petzsch oder deren Name für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Restzeitschriften für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., sonst 25 Pfg. Bei größeren Abhängigkeiten entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 4 Uhr vormittags. Für die Zeit im Weg kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 159 Dienstag, den 13. Juli 1920 15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in den Wahlen für Deutschland 96 889 Stimmen abgegeben, für Polen 7977, zusammen 10886. Für Deutschland stimmten 92,4, für Polen 6 Prozent.

Der Reichstag wird voraussichtlich vom 28. Juli bis 8. August zusammen sein. Vor der Beratung bis Mitte September werden noch die wichtigsten Gesetze verabschiedet und die Beschlüsse der Spaer Konferenz besprochen werden.

Die in Spa weilenden Mitglieder des Reichstages sind gestern abend zu Beratungen zusammengetreten, in denen über die deutschen Sachverständigen in der Reparationsfrage Beschlüsse gefaßt werden sollte.

Matin meldet, daß das deutsche Luftschiff Z 2 nach 7stündiger Fahrt am Sonntag früh in Laubeuge angekommen und den französischen Behörden übergeben worden ist.

Petit Parisien meldet, Grabski habe dem General Nibelski die notwendigen Befehle zur Einleitung der Kämpfe und zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen übermitteln lassen.

## Neue Krisis auf der Konferenz in Spa.

Gestern vormittag hat Millerand den Reichskanzler wissen lassen, daß er den Minister des Auswärtigen Simons zu sprechen wünsche. Ueber den Ausgang dieser Besprechung ist noch nichts bekannt. Der ihm überreichte deutsche Plan für die Wiederherstellung hat, wie berichtet wird, bei den Alliierten Enttäuschung hervorgerufen. Die am Sonntag ins Stocken geratenen Kohlenverhandlungen sind gestern früh wieder ausgenommen worden. Es sind gewisse Annäherungen erfolgt, trotzdem ist aber die Lage noch ernst.

Gestern, Montag nachmittag um 1/4 Uhr hat eine Sonderbesprechung der Chiefs der in Spa vertretenen Regierungen stattgefunden, an der von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister Dr. Simons, sowie Generaldirektor Simson und Legationsrat Reinhardt teilnahmen. Von den Alliierten waren Delacroix, Millerand, der französische Finanzminister Marjal, Lloyd George, Evans, Graf Sforza und Botschafter Chinda anwesend. Es wurde sofort die

### Kohlenfrage

beraten und mitgeteilt, daß an den Grundlagen der Kohlenlieferung festgehalten werden solle, daß namentlich die Reparationskommission von Zeit zu Zeit die Liefer der deutschen Ablieferung an die Entente festzusetzen habe. Die Liefer beträgt zur Zeit 2,5 Millionen Tonnen. Die Entente habe unter Berücksichtigung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands beschlossen, diese Summe verhältnismäßig für die nächsten sechs Monate auf 2 Millionen Tonnen herabzusetzen.

Im Namen der deutschen Delegation erklärte Minister Simons, eine Antwort nicht erteilen zu können, er müsse sich vorher mit den Sachverständigen besprechen. Die Minister zogen sich darauf zurück und berieten mit den deutschen Sachverständigen. Diese erklärten übereinstimmend, daß die vorgezeichnete 2 Millionen-Liefer eine Unmöglichkeit darstelle. Wir könnten sie wohl versprechen, würden jedoch nicht in der Lage sein, sie tatsächlich zu liefern, um so weniger, als zur Zeit die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet außerordentlich schlecht sei. Die Arbeiter würden nur unter den größten Schwierigkeiten bei der 7-Stundenarbeit gehalten. Es werde vielleicht, wenn Lebensmittel sofort in ausreichendem Maße geliefert würden, eine Erhöhung des deutschen Angebotes auf 1,4 Millionen möglich sein. Wir würden außerdem sofort energisch an das Siedlungsproblem gehen und Neueinstellungen von Bergarbeitern vornehmen. Es bestände dadurch begründete Hoffnung, innerhalb Jahresfrist eine weitere Steigerung im Monat um 3-400 000 Tonnen zu erzielen, so daß nach einem Jahre unsere Ablieferung auf 1,7-1,8 Millionen Tonnen erhöht werden könne.

Mit dieser Antwort kehrten die Delegierten Deutschlands in die Vollversammlung zurück, und Minister Dr. Simons erklärte, er bedaure, eine bessere Antwort nicht geben zu können, aber er könne nichts versprechen, wovon er wisse, daß wir es nicht halten könnten. Die Regierung könne nichts versprechen, wozu nicht Arbeiter und Unternehmer sich bereitfinden würden. Der Minister schilderte dann die schwierige Lage im Ruhrgebiet, dessen Arbeiterschaft sich keinesfalls weder von der Entente, noch von Deutschland etwas diktieren lassen würde, was am grünen Tisch beschlossen sei. Sollte die Entente ein weiteres Entgegenkommen nicht zeigen können, so zögen wir es vor, uns der Entscheidung durch die Reparationskommission zu unterwerfen. Sie könne dann aber auch die Exekutiv für ihre Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. In Deutschland sei die öffent-

liche Meinung schon auf höchste Erregung durch das Diktator-System, das hier in Spa herrscht, gekommen. Es sei Zeit davon abzusehen, wenn nicht schlimme Folgen eintreten sollten.

Die Alliierten berieten längere Zeit untereinander und teilten dann mit, es müsse in der Kohlenfrage bei dem Vorgehen kein Weichen haben, wenn die deutsche Regierung nicht noch andere bestimmtere Vorschläge machen könnte. Besonders Lloyd George war es, der hier eingriff und eindringlich betonte, er sei in dieser Frage, da keine Tonne der gelieferten Kohle nach England gehe und für dasselbe bestimmt sei, unser guter unparteiischer Freund (!). Er bitte uns nochmals dringend, die Angelegenheit ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Minister Dr. Simons erklärte: Wir würden uns nochmals mit den deutschen Sachverständigen beraten. Wir müßten aber Ruhe und Muße zu dieser ersten Angelegenheit haben. Wir würden am Dienstag unsere Antwort mitteilen. Er verleihe es wohl, daß den Alliierten eine zahlenmäßige Feststellung dringend erwünscht sei.

### allgemeinen Reparationen

eingetreten, die nach dem Vorschlage der Entente in einer gemischten Kommission beraten werden sollen, die heute, Dienstag mittag 1 Uhr zum ersten Male zusammentritt. Die Sitzung der bevollmächtigten Regierungsvertreter wurde auf heute nachmittag 1/4 Uhr vertagt. Bei der gestrigen Beratung der Regierungschefs im kleinen Kreise wurde die Unterfertigung ausschließlich in französischer Sprache gefaßt. Dolmetscher griffen nicht ein.

### Die deutschen Entschädigungsvorschläge.

Der am Sonntag vorgelegte deutsche Plan für die Sachleistungen gemäß Artikel 236 und Anlage 4 Teil 8 des Friedensvertrages besagt u. a.: Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art. Soweit die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, welches hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch die Fachverbände der Industrie. Soweit es sich um Massenartikel sogenannter Katalogware handelt, an deren Herstellung auch Handwerk und Kleingewerbe beteiligt sind, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle auf die einzelnen Länder des Reiches verteilt. Sowohl die Länder als auch die Fachverbände übernehmen die Haftung für die tatsächliche Ausführung. Die Sachleistungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen. In welchem Umfang und in welcher Weise die Anrechnung der Sachleistungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt. Einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission wird die Prüfung des Planes und seine Durchführung übertragen.

Sodann heißt es weiter: Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon geleistet sind, sondern daß bereits ein erheblich höherer Betrag bezahlt ist. Eine Regelung für die Zukunft kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Für das

### Maß der deutschen Leistungsfähigkeit

verweist die deutsche Regierung auf die überreichlichen Denkschriften. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstigen Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können. Die

### Entschädigungspflicht

ist in Annuitäten auszudrücken, die mindestens der Annuitäten ist festzusetzen. Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten ruht auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt. Die Mindestannuität ist derart bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen, insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Offiziellenarmee. Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen gedeckt. Die Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreis anzurechnen. Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu überblicken ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an einer wesentlichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierfür soll ein Inderschema ausgearbeitet werden. Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weitergehenden Entschädigungspflicht befreit wird. Für die Feststellung der Mindestannuität sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammentreten. Die deutsche Regierung gibt die Anregung, den

### Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

durch ein internationales großes Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen gedacht: Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmen gebildet, an welchem allen Staaten die Beteiligung offengehalten wird.

Das Syndikat erhält die Aufgabe, die Aufschwüme mit dem Ausbau der zerstörten Gebiete durchzuführen. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran. Alle Organisationen sind aufgebaut auf der Grundlage partikularer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

## Des Ostens Treue zum Reiche.

Endlich wieder einmal ein großer, deutscher Sieg! So ungeheuer groß und glänzend ist er, daß er in seinem ganzen Umfange das Unrecht zeigt, das uns auf dem Papier von Versailles angetan worden ist. Das deutsche Volk mag sich aufrichten an dem Glauben, daß ferndeutsche Gebiete, die von jeher einen vorgeschobenen Posten gegenüber dem Slaventum bildeten, und die zugleich für das Ganze des Reiches von hoher wirtschaftlicher Bedeutung sind, sich so zweifellos deutsch erhalten und bewahrt haben. Man konnte zwar die böhmische Zusammensetzung der Einwohnerschaft Ost- und Westpreußens, aber man war schon so sehr an Enttäuschungen gewöhnt und erfuhr so vielerlei von den mit Hochdruck und zum Teil mit illohalen Mitteln betriebenen Anstrengungen der Polen, das Beste für sich aus der Abstimmlung zu machen, daß man die Erwartungen, die man trotz alledem hegen durfte, vor der Abstimmlung lieber nicht allzu hoch spannte. Sicher wirken jetzt die lauten und völlig ungehemmten Töne der Benützung, die man aus ganz Deutschland hören wird, besser, da sie sich auf ein festgestelltes Ergebnis und auf so überwältigende Zahlen beziehen. Gegenüber diesem glänzenden Siege darf es auch nicht allzu sehr verdrießen, daß zehn Ortsteile mit polnischer Mehrheit im Kreise Allenstein als ernstlich gefährdet gelten, da sie hart an der polnischen Grenze liegen. Die übrigen Orte mit polnischer Mehrheit liegen als winzige Enklaven mitten in deutschem Gebiete. So ist denn alles in allem, das Ergebnis des Abstimmungstages für das Deutschum überwältigend, und als eine der erfreulichsten Wirkungen dieses Abstimmungsergebnisses sehen wir die an, daß das deutsche Volk an diesem Beispiel erkannt hat, wie es durch einmütiges Zusammenwirken selbst Intriguen und offenbare Rechtsverstöße der Gegner wirksam parieren kann. Hoffen wir, daß auch in Oberschlesien feinerzeit sich eine neue, ebenso befriedigende Bestätigung dafür ergibt.

Mit der Abstimmung am Sonntag ist aber natürlich für uns Deutsche die Ostfrage noch lange nicht erledigt, nein, damit fängt ihre Lösung erst an. Der berühmte Korridor in Westpreußen, die polnische Ansprüche auf Danzig, die polnische Festsitzung an der Ostsee, sie müssen heute der Welt in einem anderen Lichte erscheinen, als im vorigen Jahre. Zwölf Deutsche kommen auf einen Polen im westpreussischen Abstimmungsgebiet. Im Korridor ist das Verhältnis nicht anders. Man gebe der dortigen Bevölkerung das Recht, ihre Meinung kundzutun und man wird einen Begriff davon bekommen, wie schmachvoll man mit deutschen Menschen verfahren ist, mit welcher brutaler Gewalt man ihnen ein fremdes Joch ausgezogen hat. Was aber wird nun? Nun werden selbstredend die Abstimmungsgebiete von der fremden Besatzung erlöst und wieder mit dem Reich vereinigt. Vielleicht müssen wir uns aber auf eine neue Gemeinheit gefaßt machen. Im Artikel 95 des Friedensvertrages ist nämlich gesagt, daß die Grenzlinie festzusetzen sei unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Einwohner, als der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortsteile. Die Polen werden sicher versuchen, jedes einzelne Ergebnis, das eine im polnischen Sinne günstige Deutung zuläßt, für sich auszunutzen. Der Kampf geht in Westpreußen ja hauptsächlich um die Eisenbahnlinie Marienburg-Deutsch-Ehrlau-Wlana. Die Polen setzen alles daran, sie zu bekommen, um eine zweite Verbindung von der Ostsee nach Warschau zu haben. Um es gleich zu sagen: einen Rechtsgrund für solche Ansprüche haben sie nicht. Auch in dem relativ am stärksten mit Polen durchsetzten Kreise Stuhm, durch den die Bahn geht, ist offenbar zum großen Teil deutsch gestimmt worden, jedenfalls ist es den Polen nicht gelungen, Johannisdorf, den wichtigsten Stützpunkt der Polen zwischen dem Korridor und der polnischen Enklave im Kreise Stuhm zu erobern. Wenn es also nach Recht und Gerechtigkeit geht, wenn auch geographische und wirtschaftliche Gesichtspunkte Berücksichtigung finden sollen, dann muß das ganze Abstimmungsgebiet deutsch bleiben. Jedes andere Verfahren wäre trasser Rechtsbruch, nackte Vergewaltigung.

## Exkaiserin Eugenie †.

Von der Witwe Napoleons III., die, wie wir gestern meldeten, in Spanien im 95. Lebensjahre gestorben ist, hat man zum letzten Male gehört, als sie sich vor einigen Monaten in Paris einer Augenoperation unterzog. Seitdem war sie, die einst eine Welt mit dem Glanze ihres Namens erfüllt hatte, wieder in die Vergessenheit untergetaucht, die sich seit vielen Jahren über ihr Leben gebreitet hat. Eugenie Maria von Montijo wurde geboren am 6. Mai 1826 zu Granada in Andalusien als die zweite Tochter des Grafen Manuel Fernandez von Montijo, Herzog zu Bernecarda, und der Maria Manuela Kitzpatrid von Clossburn, die aus

nen Augen  
weiß in der  
sehte er  
ng sie und  
te:  
ei mir bist  
cht bei mir  
Du wirst  
tichten

em Herzen  
Frau

Wie bist  
einmal so  
alles gut.

Bist Du

fröhlich,  
ich bin ja  
gesehen  
geworden,  
wieder zu  
n macht,  
n würde."

end Frau

geöffnet?

an-Fu.

pard.

Julia

te

hr.

oda

lung

Possen.

r Art

ung

blatt.

Frangfort

noch sehr

ich, sowie

pretament

fragen in

Bl.

lau, mittl.

er Tisch

Wischer

est billig

us.

huhe

verkaufen.

part.

ofa

Str. 4.

Dr. Berg.

Entsch.

weiterer.

n. l. B.

ad

zu ver-

ing.

r. 10.

tall

en,

ffländer,

r. 10.

e

re Qua-

lucht.

r. 2.

l. wbat